

DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEMÄSS § 12 B. BAU.G WURDE AM 9. SEPT 1966 ORTSÜBLICH BEKANNTGEMACHT



MERZIG DEN 29. SEPT. 1966
DER BÜRGERMEISTER:

[Handwritten signature]

KATH. PFARRKIRCHE ST. PETER
UND KIRCHPLATZ

KREIS : MERZIG
FLUR : 10

GEMARKUNG : MERZIG
MASSTAB 1 : 200







GEMACHT

1966

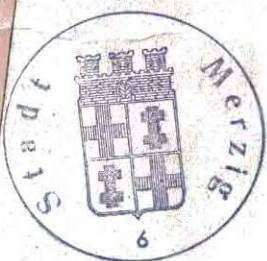
ANGEFERTIGT IM DEZEMBER 1964
STADTBAUAMT MERZIG
ERGÄNZT IM OKTOBER 1965



STADTBAURAT

- GELTUNGSBEREICH ✓
-  BESTEHENDE GEBÄUDE ✓
-  GEPLANTE GEBÄUDE ✓
- MK** KERNGEBIET
-  GRÜNFLÄCHEN
-  BESTEHENDE STRASSEN ✓
-  BÜRGERSTEIGE U. WEGE ✓
-  PARKPLATZ
- Z=3** ANZAHL DER GESCHOSSE
-  BAULINIE
-  BAUGRENZE ✓
-  BESTEHENDE GRUNDSTÜCKSGRENZEN
-  GEPLANTE GRUNDSTÜCKSGRENZEN

DER BEBAUUNGSPLAN HAT GEMÄSS
 § 2 ABS. 6 B.BAU.G. VOM 4.3.1966
 BIS ZUM 4.4.1966 AUSGELEGEN.
 DER BEBAUUNGSPLAN WURDE
 GEMÄSS § 10 B.BAU.G. ALS SATZUNG
 VOM STADTRAT AM 6.5.1966
 BESCHLOSSEN



MERZIG DEN 27. 6. 1966
 DER BÜRGERMEISTER:


 (CASPAR)

DER BEBAUUNGSPLAN WIRD GEMÄSS §
 11. B.BAU.G. GENEHMIGT.

SAARBRÜCKEN DEN 23 AUGUST 1966
 DER MINISTER FÜR ÖFFENTL. ARBEITEN
 UND WOHNUNGSBAU.

IV A-5-1458166-Rh/GÜ

D.A.


 (Weyrath)
 Oberregierungsbaurat

Bebauungsplan (Satzung) für den Bereich des Baugebietes "Kirchplatz"

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. IS. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates vom 12. November 1965 beschlossen.

1. Geltungsbereich
2. Art der baulichen Nutzung
 - 2.1.1 zulässige Anlagen

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 u. 5 des Baugesetzes
siehe Plan

Kerngebiet

1. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
2. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Vergnügungsstätten,
3. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
4. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,
5. Tankstellen,
6. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter.

Ausnahmsweise können Wohnungen, die nicht unter Absatz 2 Nr. 6 fallen, zugelassen werden.

- 2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

3. Maß der baulichen Nutzung

- 3.1 Zahl der Vollgeschosse
- 3.2 Grundflächenzahl darf höchstens betragen
 - 3.2.1 Bei einem Vollgeschoß
 - 3.2.2 Bei zwei Vollgeschossen
 - 3.2.3 Bei drei und mehr Vollgeschossen
- 3.3 Geschoßflächenzahl darf höchstens betragen
 - 3.3.1 bei drei und mehr Geschossen
- 3.4 Baumassenzahl
- 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen

laut Zeichnung

-
-
0,6

1,6

-

offen

Baulinie und Baugrenzen (siehe Plan)
siehe Plan

4. Bauweise
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen
6. Stellung der baulichen Anlagen
7. Mindestgröße der Baugrundstücke
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßen-
krone Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)
9. Flächen für überdachte Stellplätze sowie ihrer Ein-
fahrten auf den Baugrundstücken
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie
ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen
vorgesehenen Flächen
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die
Privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren
Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbe-
sondere solche des Verkehrs, bestimmt ist.
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten
sind und ihre Nutzung
15. Verkehrsflächen
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie
der Anschlüsse der Grundstücke an die Verkehrs-
flächen

keine

siehe Plan

17. Versorgungsflächen
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und
Leitungen
19. Flächen für Verwertung oder Beseitigung von Ober-
wasser und festen Abfallstoffen
20. Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten
Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen, oder für
die Gewinnung von Steinen, Erden- u. anderen
Bodenschätzen
22. Flächen für die Land- und Forstwirtschaft
23. Mit Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten zugunsten der
Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder ei-
nes beschränkten Personenkreises zu belastenden
Flächen
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemein-
schaftsgaragen
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohnge-
biete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren
räumlichen Bereiches aus Gründen der Sicherheit

siehe Plan

oder Gesundheit erforderlich sind.

26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die
Sicherheit oder die Gesundheit der Nach-
barschaft gefährden oder erheblich beein-
trächtigen, von der Bebauung freizuhal-
tenden Schutzflächen und ihre Nutzung.
27. Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern
28. Bindung für Bepflanzung u. für die Erhal-
tung von Bäumen, Sträuchern und Gewässer